

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 1 (1981)

Heft: 2

Artikel: Über Selbstverwaltung und die Notwendigkeit einer Organisation mit Parteicharakter

Autor: Heilmann, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652092>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Über Selbstverwaltung und die Notwendigkeit einer Organisation mit Parteicharakter

Haben wir im Wort „Selbstverwaltung“ eine neue Heimat gefunden? Ist „Selbstverwaltung“ in den Rang eines neuen Schlüsselwortes aufgestiegen, dessen rituelle Beschwörung in Diskussionen, Programmen und Artikeln Verbundheit und Abgrenzung schafft, zu einer scheinhaften politischen Selbstidentifikation führt?

Auch in das Programm der POCH ist das Wort „Selbstverwaltung“ an einigen Stellen hineingeschlüpft, (1) ohne dass sich dagegen Widerspruch erhoben hätte; ohne dass es dazu grosser Debatten bedurft hätte: der Konsens hatte sich praktisch lautlos eingestellt.

Ich vermute, dass dieser programmatische Bezug auf Selbstverwaltung dem Wunsch entsprungen ist, den breitgefächerten tagespolitischen Kämpfen, in denen die Genossinnen und Genossen der POCH stehen, eine zugegebenermassen wenig weit reflektierte Perspektive hinzuzufügen. Und mit dem Wort „Selbstverwaltung“ hat diese Perspektive einen Namen erhalten, der sie abhebt von Sozialismus-Konzeptionen, welchen man/frau wenig bis gar nichts an langfristiger Motivation abgewinnen kann.

Was da nun sozusagen kollektiver Intuition entspringt, hat daneben und darüber hinaus ganz reale Wurzeln in den gegenwärtigen Prozessen und Bewegungen in unserm Land. Erst eine Analyse dieser Gegebenheiten zeigt, ob es sich bei dieser Verpflichtung auf eine Selbstverwaltungszukunft lediglich um einen einer Laune nachgebenden Zusatz handelt oder nicht. Dass Selbstverwaltung selbst innerhalb der SPS zu einem Diskussionsgegenstand geworden ist, mag vielleicht als weiterer Hinweis auf dessen Aktualität dienen.

Selbstverwaltung und der Pluralismus im revolutionären Prozess

Ich möchte hier nicht die Polemik gegen traditionalistische Vorstellungen über den Verlauf des revolutionären Prozesses in den imperialistisch/kapitalistischen Metropolen führen, sondern gleich unterstreichen, dass Aktionen und Bewegungen heute auch in der Schweiz vorhanden sind, deren Zielsetzungen mit der Logik des Kapitals und den Plänen der Herrschenden, die aktuellen Krisenerscheinungen in unserer Gesellschaft zu meistern, nicht vereinbar sind. Ein Kennzeichen dieser Bewegungen ist es aber, dass sie einerseits untereinander nicht organisatorisch verbunden sind – ihre Autonomie inbezug auf Kampfformen und Zielsetzungen geradezu einen Teil ihres Selbstbewusstseins ausmacht – und andererseits die Kampfinhalte trotz ihrer realen antikapitalistischen Stossrichtung nicht mit „Sozialismus“

in Verbindung gebracht werden. Nur in der Diskussion der Linken interessiert, ob Frauenbefreiungsbewegung oder ökologische Bewegung – als Beispiele – einer wie auch immer definierten sozialistischen Perspektive zu subsumieren sind. Die Bewegungen selbst entfalten sich weiter, wie auch immer die linke Diskussion darüber ausgehen mag.

Befreit nun von der engen technokratisch-ökonomistischen Debatte darüber, ob Selbstverwaltung der Betriebe ökonomisch möglich oder wünschbar sei, verweist Selbstverwaltung als programmatische Perspektive einer Partei nicht zuletzt darauf, dass die Autonomie dieser Bewegungen, ihr Pochen auf Selbstbestimmung nicht nur mangels eigener Integrationskraft lustlos hingenommen wird, sondern dass der reale Pluralismus des revolutionären Prozesses als positiv zu wertende Gegebenheit in der Strategie einer Organisation mit Parteicharakter akzeptiert wird. Selbstverwaltung als programmatische Perspektive zu formulieren, bedeutet somit, den Selbstorganisationsprozess gemäss subjektiven Interessen als langfristiges Element des Auflösungsprozesses der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, was ja nichts anderes als eine Seite des revolutionären Prozesses ist, zu begreifen. (2).

Ins Auge springend ist dabei der immanente Widerspruch eines solchen Tuns: eine Partei ist immer ein zentralisierendes Element in einer Gesellschaft; sie organisiert und führt Kräfte zusammen, um sie entgegen auch dem spontanen Selbstorganisationsprozess auf bestimmte übergreifende Ziele auszurichten. Und doch muss eine revolutionäre Partei unter unseren Bedingungen die diversen Autonomien anerkennen, wenn sie die realen Bewegungen nicht blockieren will. Sich auf Selbstverwaltung zu berufen, diese wirklich für voll zu nehmen, heisst also schwierige Probleme für eine aktuelle Theorie der revolutionären Partei aufzuwerfen. Es ist mir nicht möglich, mehr als einige unsystematische Hinweise dazu zu geben.

Anmerkung zur Machtfrage

Nun sind wir nicht nur mit der Realität der Disloyalitätsprozesse konfrontiert. Der Kampf tobt nicht und nicht in erster Linie zwischen traditionalistischen linken Polit-Konzeptionen und dem Autonomieanspruch der Bewegungen. Wo wir uns auch immer auf diesem Kampfterrain ansiedeln, konfrontiert sind wir mit einem Gegner, der seine Positionen nicht nur zäh gegen alle und alles, was sich ihm entgegenstellt verteidigt, sondern sogar versucht, verlorengegangene Stellungen zurückzuerobern. Dies nicht nur im internationalen Massstab (Reagan!), sondern auch in der Schweiz mit den verschiedenen Varianten der sogenannten Sparpolitik und dem Ausbau der staatlichen Machtapparate. Wir müssen uns überlegen, welche Richtung dieser Restrukturierungsprozess des Kapitals einschlägt und ob er nicht auch die Folge eines

Zurückbleibens in der Strategiebildung derjenigen Kräfte ist, die sich subjektiv als irgendwie sozialistisch, antiimperialistisch oder revolutionär verstehen.

Wir haben es also mit einem Gegner zu tun, der auf Zentralisierung der Machtausübung setzt und dessen materielle Ressourcen einen immer gigantischeren Zentralisierungsgrad annehmen (Stichwort Multis). Hier scheint mir nach wie vor klar, dass eine auf bestimmten Ebenen zentralisierte Gegenmacht notwendig ist und geschaffen werden muss. Es gibt immer wieder vordringliche Aufgaben, auf die hin möglichst viele Kräfte, die sich im Gegensatz zu den herrschenden Mächten sehen, konzentriert werden müssen. Solche Aufgaben an die Hand zu nehmen, sie zu planen und sich daran zu organisieren, bleibt eine Aufgabe von Organisationen mit Parteicharakter, ob sie sich angesichts des Negierens umfassender Konzeptionen Partei nennen oder nicht.

Ich rede damit nicht einer überholten Avantgarde-Konzeption das Wort, aber immerhin muss uns bewusst sein, dass mit „Mikropolitik“ allein nicht alle Probleme zu lösen sind, schon gar nicht in der vom Gegner vorgegebenen Frist.

Parteien – und so sehe ich auch die Aufgabe der POCH – müssen durch eigene Aktion, zusammen mit denjenigen, die sich daran beteiligen wollen, ohne Absolutheitsanspruch in der vor ihnen als richtig erkannten Richtung arbeiten. Es geht nicht allein um ideelle Vermittlung grösserer Zusammenhänge – Politik ist nicht zu verwechseln mit Pädagogik; es geht darum, in der eigenen Aktion bewusst gestaltete Kampferfahrungen sich entwickeln zu lassen, über den Umkreis der in Parteien Organisierten hinaus. Damit unterstellt sich eine Partei in ihrer Praxis, wozu ich auch das relativ separierte Feld der Praxis der Theorie rechne, der Kontrolle derjenigen, die von ihr angesprochen werden sollen. Diese Konzeption nimmt endgültig Abschied, von einem letztlich voluntaristisch gesetzten Führungsanspruch, der „leider“ wegen der Manipulation des Gegners oder aus einem Mangel an adäquatem Bewusstsein von den zu Führenden nicht anerkannt wird. In diesem Sinn muss eine Partei, die sich auf Selbstverwaltung festlegt, mit dem traditionellen Diskurs von der führenden Rolle der Partei brechen, wobei die Frage, unter welchen Bedingungen dieser Diskurs zustandegekommen ist, selbst eine spezielle Untersuchung wert wäre.

Demokratische Erneuerung und Selbstverwaltung

Demokratische Erneuerung, wie sie das Programm der POCH vorschlägt, bezieht sich in weiten Teilen auf das politische System. Ihr Kern ist die Absicht einer volksverbundenen Wiederbelebung der Institutionen des politischen Systems. In der Schweiz knüpft die Strategie der demokratischen Erneuerung an die radikaldemokratischen Traditionen der direkten (oder halb-direkten) Demokratie an. Diese Strategie zielt direkt auf eine Stär-

kung der revolutionären Kräfte in diesen Institutionen ab und reproduziert so unumgänglich auch die Spaltung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Um eine philosophische Kategorie zu verwenden: diese Strategie reproduziert Entfremdung auf politischer Ebene. Sie steht insofern in Widerspruch mit Selbstverwaltung, die ja gerade die Negation der Entfremdung bedeutet (3). Dieser Widerspruch ist aber nicht von solcher Art, dass er durch eine Modifikation auf programmatischer Ebene aus der Welt geschafft werden könnte; denn er bringt eine reale Zerrissenheit in den aktuellen gesellschaftlichen Prozessen zum Ausdruck.

Die auf Selbstorganisation ohne Fremdbestimmung hinzielenden Bestrebungen bewegen sich in einer Gesellschaft, deren Vergesellschaftung von oben her, vom Staat, geleistet wird. Die abstrakte Negation dieser Tatsache führt, gewollt oder nicht, entgegen der eigenen Absicht zu einem Appell an Kräfte, die Positionen im politischen System inne haben, da die Selbstorganisationsprozesse früher oder später auf juristische oder politische Grenzen stossen, die ihre Weiterentwicklung behindern oder sie zu harmlosen Experimenten verkümmern lassen. Der Appell an die im politischen System repräsentierten Kräfte — bei uns eben Parteien jeglicher Provenienz — lautet, den Freiraum für die Selbstorganisationsprozesse zu öffnen (denn nur die Parteien können im politischen System über diese Freiräume entscheiden).

Halten wir jedoch fest, dass die Regierungsparteien samt und sonders einen solchen Appell nur zur Stärkung ihrer gegen Selbstbestimmung gerichteten, politische Entfremdung festigenden Stellung benutzen werden. Damit wird der kontraproduktive Gehalt eines politischen Absentismus deutlich. „Selbstverwalter“ müssen hinein ins politische System.

Verzicht auf diesen Appell andererseits hat aber als Konsequenz den Angriff nicht nur auf den bürgerlichen Staat, sondern auf jeden Staat schlechthin. So sympathisch dies an sich ist, so aussichtslos ist dieses Unterfangen, wollte man es ernsthaft in Angriff nehmen. Beide hier aufgezeigten Konsequenzen einer abstrakten Negation des politischen Systems mit seiner unumgänglichen Teilung in Repräsentierte und Repräsentanten können deshalb nur die politische Entfremdung zementieren.

Notwendig ist somit ein doppelgleisiges Vorgehen: Vorantreiben der Selbstorganisationsprozesse und Kampf zugleich im politischen System. Dies kann und wird sich immer auch als Arbeitsteilung zwischen auf direkte Selbstverwaltung ausgerichteten Bewegungen und Organisationen mit Parteicharakter darstellen, was selbstverständlich auch immer Konflikte innerhalb dieses so definierten „revolutionären Blocks“ mit sich bringt.

Demokratische Erneuerung, der sehr allgemein gefasste Inhalt des Kampfes in den Staatsapparaten (repressiven, ideologischen, juristischen, politischen etc.), vermittelt zwischen der historischen Relativität, des Staates und der revolutionären Perspektive der Überwindung auch der politischen Ent-

fremdung. Wenn deshalb auf dem Umschlagblatt zum SPS-Programmenwurf das Ritschard-Zitat zu lesen ist: „*Demokratie heisst Selbstverwaltung der Macht*“, so kommt darin nämlich ein tiefgreifendes Missverständnis zum Ausdruck, die Lösung in einer Addition von politischer und wirtschaftlicher Demokratie zu suchen. Damit wird die Diskussion über Selbstverwaltung auf ein technokratisches Feld verschoben, wo die Frage im Vordergrund steht, ob Selbstverwaltung überhaupt funktionieren kann.

Anders als in Ländern, in welchen die Bildung des modernen Staates eine absolutistische Phase durchlaufen hat (z.B. Frankreich), kennt die Schweiz eine eigentümliche Verknüpfung von zentralisierenden und auf Selbstbestimmung in kleinen Einheiten ausgerichteten Elementen im politischen System. An diese Verknüpfung ist die radikaldemokratische Tradition und die „demokratische Ideologie“ in unserem Land gebunden. Dies in Rechnung stellend, hat die POCH von der Möglichkeit einer Wandlung im Inneren der grossen Volksparteien gesprochen (4). Breite Volkskreise beziehen sich auf diese Parteien; Volkskreise, die von ihrer gesellschaftlichen Stellung her, von ihrer Stellung im Produktionsprozess an der Stützungsfunktion dieser Parteien für die monopolistische Fraktion der Bourgeoisie nicht interessiert sind. Gewiss ist in diesem Zusammenhang die Rolle der ideologischen Staatsapparate bedeutsam. Zu fragen ist aber dennoch nicht, ob durch geeignete politische Praxis der Zusammenhang zwischen der allgemein promonopolistischen Politik dieser Parteien, die, um ihre nicht-monopolistische Basis bei der Stange zu halten, ja auch nichtmonopolistische Interessen mindestens ansatz- und teilweise vertreten müssen, und ihrer Gefolgschaft aufgebrochen werden kann. Die Einschätzung der POCH geht davon aus, dass die Verbundenheit breiter Volkskreise mit diesen Parteien als Institutionen stärker ist als die Verbundenheit mit der bestimmten, manchen Wechseln unterzogenen Politik. Insbesondere baut die heute aktuelle freisinnige Parole „*Mehr Freiheit – weniger Staat*“ auf einem zu Recht verbreiteten Unbehagen gegenüber dem promonopolistischen interventionistischen Staat auf, wenn auch mit der Absicht, dieses Unbehagen, dieses Abstandnehmen vom staatsbürgerlichen Engagement für die eigenen Zwecke (Verbindung von wirtschaftlichem Liberalismus und autoritärem Etatismus) auszunützen. Deshalb hat die Strategie der demokratischen Erneuerung gerade auch diese Volkskreise zum Adressaten und mit ihnen das ganze Netz von Vereinen, Kirchen etc., deren politische Rolle nicht zuletzt in ihrer ideologischen Funktion besteht (5).

Da es sich dabei um ein Vorgehen handelt, bei welchem als Partei unter Parteien aufzutreten ist, kann vom Standpunkt einer Selbstverwaltungsperspektive aus nicht auf eine politische Aktion als Partei verzichtet werden. Demokratische Erneuerung heisst also als Partei auf Änderungen im gesamten Parteiengefüge hinzuwirken.

Unter Berücksichtigung aller notwendigen Relativierungen inbezug auf die

Kritik des Sozialstaates (Sozialpolitik kommt in weiten Bereichen noch auf längere Sicht nicht um staatliche Verankerung herum) hat die traditionelle Linke hier eine Lektion zu verarbeiten: sie muss Abschied nehmen von ihrem herkömmlichen Etatismus. Weder entspricht die sozialdemokratische Staatsgläubigkeit dem aktuellen Stand des politischen Bewusstseins in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften – die überall wahrzunehmenden unter sich ganz unterschiedlichen Disloyalitätsprozesse legen davon Zeugnis ab – noch entspricht eine etatistische Sozialismuskonzeption dem revolutionären Ziel der Überwindung von Fremdbestimmung in allen Bereichen. Ich behaupte sogar, dass bei uns eine gewisse Inattraktivität von „Sozialismus“ verbunden ist mit den von den etatistischen Konzeptionen im real existierenden Sozialismus hervorgerufenen Unlustgefühlen. Selbst demokratisch strukturiert, vermag ja staatliche Verwaltung bei uns keine Begeisterungstürme mehr auszulösen. Insofern geht auch der Eurokommunismus vielfach zuwenig weit, weil im Diskurs über den demokratischen Sozialismus ein Eingehen auf den Wunsch nach Selbstbestimmung, nach nicht von oben her geregelten Lebensprozessen zuwenig präsent ist. Gerade hier – und beileibe nicht in der Frage von Demokratie und Pluralismus – besteht im Eurokommunismus eine Tendenz zur „Abweichung“ von einer revolutionären Perspektive. Sollte die traditionelle Linke – Sozialdemokraten und Kommunisten – dieses Abrücken vom Etatismus nicht schaffen, so kann sie heute nur den unheiligen Absichten der grossbürgerlichen Anti-Staats-Prediger Vorschub leisten (6).

Parteiform, Selbstverwaltung und Emanzipationsbewegungen

In der laufenden Diskussion der POCH zum Thema „*Was heisst revolutionäre Politik in den 80er Jahren*“ habe ich mich gegen eine „*traditionalistische Auffassung vom demokratischen Zentralismus*“ gewandt und in den Diskussionsthesen „*Selbstverwaltung als programmatische Perspektive der POCH*“ ist eine Konkretisierung von Funktion und Rolle einer revolutionären Partei im Hinblick auf das Ziel eines Selbstverwaltungssozialismus postuliert worden (7). Das Problem, das damit angesprochen wird, ist mehrfacher Natur. Einmal muss eine Partei, die die positive Rolle auf ihre Autonomie pochen-der Begegnungen anerkennt, ihren Mitgliedern eine glaubhafte Aktivität im Rahmen des Autonomieanspruches dieser Bewegungen ermöglichen. Dies ist sehr wahrscheinlich nicht einfach dadurch zu gewährleisten, dass eine personelle Trennung zwischen Parteifunktionen und Bewegungsaktivität vorgenommen wird. Zum einen schon nicht wegen des „Personalmangels“ von Partei und Bewegungen, zum andern aber, was wesentlicher ist, könnte eine solche Trennung Politizismus und Organisationstraditionalismus in der Partei unterstützen, da die Erfahrungen aus den Bewegungen in die Entscheidungsorgane der Partei nur mühsam eingebracht werden können. Für eine Organisation, die wie die POCH, an Überschneidungsstellen von Parteiensy-

stem und nicht-parteilichen Bewegungen steht, ist die ständige Präsenz in der Partei von Genossinnen und Genossen, die in den Bewegungen heimisch sind, eine Lebensnotwendigkeit. Das heisst aber, dass der immanente Widerspruch zwischen Partei und Bewegung, zwischen Partei als zentralisierendem Element und Selbstverwaltungstendenzen, unausweichlich in die Entscheidungsorgane hineingetragen wird. Ein Durchsetzen einer bis in die Details definierten *Unité de doctrine*, selbst basierend auf demokratischem Mehrheitsbeschluss, liegt dabei nicht mehr drin. Grössere individuelle Spielräume sind angebracht, wobei die exekutiven Organe der Partei selbstverständlich die Pflicht haben, Mehrheitsbeschlüssen nachzuleben. Disziplin, um dieses zweideutige Wort hier zu gebrauchen, darf nicht administrativ durchgesetzt werden, sondern parteiinterne Überzeugungsarbeit auch nach Beschlussfassung, auch dann, wenn Beschlüsse schon in die Tat umgesetzt werden, wird notwendig sein. Auch nach innen kann erst die politische Praxis die Richtigkeit von demokratischen Mehrheitsbeschlüssen erweisen – oder eben auch nicht. Und wenn sich Teile der Partei, was ihr gutes Recht ist, in bestimmten Punkten nicht überzeugen lassen wollen, so muss untersucht werden, ob sich nicht an andern Punkten ein Konsens erzielen lässt, der Arbeit im Sinne der allgemeineren Ziele der Partei gestattet. Theoriediskussion parteiintern – oder im Jargon „ideologische Arbeit“ – hat nicht zum Zweck, „Abweichungen“ zu „korrigieren“, oder vom Standpunkt des „objektiven Geistes“, des einzig richtigen „Marxismus-Leninismus“ (oder wie man das Kind auch immer benennen will), der sich ja erstaunlicherweise immer in den Führungsorganen verkörpert, die unwilligen Geister zu zähmen.

Wenn weltweit und auch auf den nationalen Rahmen bezogen der revolutionäre Prozess immer pluralistischer, immer multipolarer werden wird; wenn ein sich immer mehr differenzierendes Gedankengut zu Quellen wirklich revolutionärer Praxis wird, so kann auch eine revolutionäre Partei nicht umhin, diesem Prozess in ihrem Innern Rechnung zu tragen, will sie nicht zu einer ideologischen Sekte verkommen. Das Spektrum der „erlaubten“ Sensibilitäten und ideologischen Quellen muss unabdingbar eine bestimmte Breite erhalten. Qualifikationsmerkmal in den Strategiediskussionen der Partei darf nicht mehr eine obsolte „ideologische Standfestigkeit“, lies Sturheit, sein, sondern die Fähigkeit, das aktuell als richtig Erkannte zu formulieren und mit Neuem, Andersartigem zu konfrontieren. Die Genossin oder der Genosse, die schon immer alles gewusst haben und die sich rühmen, ihre Position nie geändert zu haben, dürfen wir ruhig als in den meisten Fällen durchaus ehrenwerte Museumsstücke betrachten. Nicht zulassen dürfen wir hingegen, dass sie mit ihrem Diskurs die Theorie- und Strategiediskussion beherrschen, da damit die notwendige Verbindung zwischen Partei und den Bewegungen unterbunden würde.

Es mag scheinen, dass diese Ausführungen weit weg vom zu diskutierenden

Selbstverwaltungsthema geführt haben. Aber, wie ich es sehe, ist Selbstverwaltung nicht ein Modell, das bis hin zu seiner juristischen Form ausgearbeitet werden könnte, sondern in erster Linie ein Prozess, der in den hochentwickelten imperialistischen Metropolen gerade in den sich entfaltenden Disloyalitätsprozessen virulent wird (8). Er stellt in seiner Tendenz nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation traditionelle Politikkonzeptionen der Wie-auch-immer-Linken in Frage. Und dennoch stellen Organisationen mit Parteicharakter im oben analysierten Sinn weiterhin eine Notwendigkeit dar. Eine Untersuchung der möglichen Aktion einer Partei in diesem Klima auch auf Ebenen, wo die Selbstverwaltungsdiskussion als solche keine Rolle spielt, ist deshalb angebracht. Die Selbstverwaltungsdiskussion darf nicht allein auf den „Inseln der Zukunft“ geführt werden, wenn auch nichts dagegen einzuwenden ist, wenn dies ebenfalls geschieht.

Die Schlussbemerkung überlasse ich Jean-Pierre Cotten, der am letztjährigen Symposium in Cavtat („Sozialismus in der Welt“) zum Thema „Partizipation, Selbstverwaltung, Sozialismus“ seine Ausführungen mit folgender Bemerkung abgeschlossen hat: *„Und schliesslich ist die Funktion des Begriffs Selbstverwaltung praktisch, in die Zukunft gerichtet. Meine Rede über ihn ist historisch verortet: Er wird von einem „gesellschaftlichen Individuum“ vorgebracht, das in einem entwickelten kapitalistischen Land, in Frankreich lebt, in der Perspektive einer revolutionären Transformation dieser Gesellschaft, unter Berücksichtigung der realen historischen Aufgaben, Probleme und Schwierigkeiten, die in einem wirklichen revolutionären Umwälzungsprozess unvermeidlich sind. In dieser Hinsicht bricht mein Diskurs hier ab: Er hat keinen Sinn ausserhalb der Initiierung einer wirklichen Umwälzung.“* (9) Das trifft selbstverständlich auch auf unser Land zu.

ANMERKUNGEN

- (1) „Für eine demokratische Erneuerung der Schweiz, Programm der POCH“, 2. Auflage, POCH-Verlag Oktober 1979. Z.B. S. 10,47,49,56,57.
- (2) Siehe die Beiträge von G.Degen und T.Heilmann zur Diskussion „Was heisst revolutionäre Politik in den 80er Jahren?“ in „positionen“ Nr. 35, S. 20ff., wo eine vorläufige Analyse dieser Auflösungsprozesse geboten wird.
- (3) Dazu Wolfgang Fritz Haug, Der Begriff der Selbstverwaltung in der marxistischen Theorie und die Aufgaben der Intellektuellen. In Argument-Sonderband 61 (Internationale Sozialismus Diskussion 1), Selbstverwaltung, Berlin 1981, S. 10.
- (4) „Für eine demokratische Erneuerung der Schweiz, Programm der POCH“, S. 43 f. Im weitem Thomas Heilmann: Bericht zum Parteiprogramm, In: Parteikongress der POCH 1978, POCH-Verlag 1978, S. 57/58.
- (5) Aufgrund einer unpräzisen Formulierung meinerseits hat ein Redaktionsmitglied des WIDERSPRUCH mir die Frage gestellt: „kann die Taktik wirklich heissen:

„Vielmehr kommt es darauf an, in (Hervorhebung durch den Fragesteller) in den grossen Volksparteien auf eine Abwendung von der monopolistischen Politik hinzuarbeiten‘ (Argument-Sonderband 61, op. cit., S. 54). Nächstens also Doppelmitgliedschaft in POCH und FDP? “ Dieser kleinen, wohl kaum ganz ernstgemeinten Polemik will ich mit folgender Umformulierung des zitierten Satzes begegnen: „Vielmehr kommt es darauf an, eine Politik auch von der POCH her zu entwickeln, die zu einer Abwendung der grossen Volksparteien von der monopolistischen Politik führen kann.“ Was mich betrifft, so darf ich versichern, dass mein Eintritt in die FDP noch nicht zur Debatte steht.

- (6) Ein Hinweis hier auf den internationalen Zusammenhang: Im Bereich der anti-kolonialen und antiimperialistischen Revolution im Trikont ist eine Stärkung des antiimperialistischen Staates heute notwendig, um sich von der Domination durch Multis etc. freizukämpfen. Wenn in einzelnen dieser Länder wie z.B. Algerien Selbstverwaltung ein Thema ist, so in der Art von Mahfoud Ghezali in seinem Cavtater Beitrag „Partizipation, Selbstverwaltung und Staat“, wo er darauf verweist: „Vor allem in den Entwicklungsländern – berücksichtigt man die verschiedenen Funktionen des Staates, besonders die der Stärkung der Nation – sind der Aufbau des Staates, der Selbstverwaltung und der Gesellschaft zusammenwirkende Elemente“ (op.cit. S. 173).**
- (7) siehe „positionen“ 33/34 S. 39 (These IX) und „positionen“ 35, S. 30.**
- (8) Wenig präsent ist die Selbstverwaltungstendenz in der Schweiz im Unterschied zu andern Ländern in den Betrieben selbst. Das ist auch der Grund, warum ich dazu im speziellen nichts sage. Ich nehme davon die Bewegung der selbstverwalteten Klein- und wenigen Mittelbetriebe aus. Aber wie deutlich geworden sein dürfte, geht Selbstverwaltung viel weiter. Sie ist nicht auf den Produktionsprozess im engeren Sinne beschränkt. Dies gerade angesichts der zahlenmässig abnehmenden Bedeutung des industriellen Sektors in unsern Gesellschaften.**
- (9) Jean Pierre Cotten: Selbstverwaltung – das Wort und die Sache, Einige methodologische Bemerkungen, In: AS 61, S. 19. Cotten hat u.a. das Buch „La pensée de Louis Althusser“ (1979) veröffentlicht und ist Mitglied der KPF.**

*